

Bremen, 19.02.2025

Beschluss des Beirates Obervieland vom 18. Februar 2025

Finanzierung bildungs- und umweltpolitische pädagogische Arbeit im Rahmen der Ganztagsbetreuung

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, im Rahmen des gesetzlichen Anspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 künftig auch bildungs- und umweltpolitische pädagogische Arbeit (u.a. außerschulische Lernorte) zu finanzieren.

Begründung:

Träger wie die Kinder- und Jugendfarm waren in der Vergangenheit ein insbesondere bei Grundschulen äußerst beliebter außerschulischer Lernort und haben in diesem Rahmen wichtige umweltpolitische pädagogische Arbeit geleistet. Entsprechende Angebote werden auch in den Nachmittagsstunden vorgehalten, die im Rahmen des gesetzlichen Anspruchs auf Ganztagsbetreuung dann noch einmal an Bedeutung gewinnen werden.

Die bisherige Förderung aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit reicht aber bei weitem nicht aus, um auch die bildungs- und umweltpolitische pädagogische Arbeit über diese Schiene mitzufinanzieren. Dies auch vor dem Hintergrund, dass im Zuge der geplanten Umstellung der Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit einer weiteren Mittelabsenkung im Bremer Süden gerechnet werden muss.

Der Beirat Obervieland sieht die Senatorin für Kinder und Bildung daher in der Pflicht, einen finanziellen Beitrag für die bildungs- und umweltpolitische pädagogische Arbeit der beteiligten Träger zu leisten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

gez. Radolla

Michael Radolla
(Ortsamtsleiter)